

**Richtlinie
des Sächsischen Staatsministeriums des Innern
zur Förderung von Maßnahmen für das Landesprogramm zum „Begleiteten
Ausstieg aus der rechtsextremistischen Szene“
(Förderrichtlinie Aussteigerprogramm – RL APro)**

Vom 6. Oktober 2009

I.

Zuwendungszweck und Rechtsgrundlage

1. Das Staatsministerium des Innern gewährt nach Maßgabe dieser Richtlinie sowie den allgemeinen haushaltsrechtlichen Bestimmungen, insbesondere §§ 23 und 44 der Haushaltsordnung des Freistaates Sachsen (Sächsische Haushaltsordnung – **SäHO**) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 2001 (SächsGVBl. S. 153), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 12. Dezember 2008 (SächsGVBl. S. 866) geändert worden ist, und den dazu erlassenen Verwaltungsvorschriften des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Sächsischen Haushaltsordnung (**VwV-SäHO**) vom 27. Juni 2005 (SächsABl. SDr. S. S 226), zuletzt geändert durch Verwaltungsvorschrift vom 10. März 2009 (SächsABl. S. 560), in der jeweils geltenden Fassung, Zuwendungen für Projekte und Maßnahmen, die den Ausstieg von Mitgliedern der rechtsextremistischen Szene in Sachsen nachhaltig begleiten.
2. Zweck ist weiterhin die Optimierung und qualitative Sicherstellung dieser Maßnahmen durch örtliche und regionale Vernetzung sowie wissenschaftliche und beratende Begleitung.
3. Ein Anspruch des Antragstellers auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht. Eine Förderung von Maßnahmen nach dieser Richtlinie eröffnet keinen Rechtsanspruch auf eine Förderung von Folgemaßnahmen. Vielmehr entscheidet die Bewilligungsbehörde auf Grund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

II.

Gegenstand der Förderung

1. Gefördert werden können grundsätzlich Projekte und Maßnahmen, welche entsprechend dem Aussteigerprogramm im Freistaat Sachsen
 - a) zentral Anfragen und Informationen zu potentiellen Aussteigern aufnehmen, bewerten und weiter vermitteln,
 - b) den Ausstieg von Personen, welche der rechtsextremistischen Szene angehörten oder mit dieser sympathisierten, sozialpädagogisch begleiten,
 - c) durch beratende und wissenschaftliche Begleitung, Coaching, eine nachhaltige Entwicklung und Qualitätssicherung des Programms garantieren,
 - d) bei außergewöhnlichen sächlichen Belastungen des Aussteigers unter Beachtung seiner Vermögens- und Einkommensverhältnisse vorübergehend unterstützend wirken.
2. Ergänzend zu den genannten Fördergegenständen sind folgende inhaltliche und methodische Kriterien in die Bewertung des Antrages einzubeziehen:

Der Projektträger

 - a) darf nach seiner Satzung und der tatsächlichen Geschäftsführung keine Bestrebungen im Sinne des § 3 Abs. 1 des Gesetzes über den Verfassungsschutz im Freistaat Sachsen (Sächsisches Verfassungsschutzgesetz – **SächsVSG**) vom 16. Oktober 1992 (SächsGVBl. S. 459), das zuletzt durch Gesetz vom 28. April 2006 (SächsGVBl. S. 129) geändert worden ist, unterhalten und fördern, wovon widerlegbar auszugehen ist, wenn der Projektträger im Verfassungsschutzbericht des Bundes oder eines Landes aufgeführt ist,
 - b) ist mit örtlichen Strukturen verbunden und bezieht diese in die Konzeption oder Realisierung der Maßnahmen ein,
 - c) unterstützt die Verknüpfung von staatlichen und nichtstaatlichen Angeboten und gewährleistet die Zusammenarbeit mit anderen Trägern, Einrichtungen und Institutionen oder hat diese schon sichergestellt,

- d) kann Erfahrungen im zu bearbeitenden Arbeitsfeld nachweisen oder nachvollziehbar darlegen, wie er das Arbeitsfeld erschließen will,
- e) sieht nachvollziehbare Maßnahmen zur Selbstevaluation, Erfolgskontrolle und Qualitätsentwicklung vor.

III.

Zuwendungsempfänger

Zuwendungsempfänger im Sinne dieser Richtlinie können anerkannte Träger der freien Jugendhilfe entsprechend dem **Achten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII)** – Kinder- und Jugendhilfe – in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3134), zuletzt geändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom 6. Juli 2009 (BGBl. I S. 1696, 1701), sein.

IV.

Zuwendungsvoraussetzungen

- 1. Förderfähig sind Projekte, die im Freistaat Sachsen durchgeführt werden.
- 2. Eine Förderung nach dieser Richtlinie kann Förderprogramme des Bundes oder der Europäischen Union (EU) ergänzen. Bestehen für Projekte auch Fördermöglichkeiten durch Bundes- oder EU-Programme, erfolgt die Förderung nach dieser Richtlinie grundsätzlich nachrangig.

V.

Art, Umfang und Höhe der Zuwendung

- 1. Zuwendungen nach Ziffer II werden als nicht rückzahlbarer Zuschuss im Rahmen der Projektförderung gewährt.
- 2. Zuwendungen für Projekte nach Ziffer II werden als Anteilsfinanzierung bewilligt. Der Förderanteil des Freistaates Sachsen beträgt regulär bis zu 75 Prozent der anerkannten zuwendungsfähigen Ausgaben. In Ausnahmefällen kann für die ersten sechs Monate des Projektes auf begründeten Antrag eine Zuwendung von 90 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben gewährt werden.
- 3. Zuwendungsfähig sind die Ausgaben, die für die Erreichung des Zuwendungszwecks notwendig sind, insbesondere
 - a) Ausstattungsgegenstände und sonstige Sachausgaben,
 - b) Reisekosten entsprechend dem Sächsischen Gesetz über die Reisekostenvergütung der Beamten und Richter (Sächsisches Reisekostengesetz – **SächsRKG**) vom 12. Dezember 2008 (SächsGVBl. S. 866, 876),
 - c) Personalausgaben in Anlehnung an den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD).

VI.

Verfahren

- 1. Antrags- und Bewilligungsbehörde ist das Staatsministerium des Innern.
- 2. Der Antrag auf Gewährung einer Zuwendung ist schriftlich in einfacher Fertigung bis spätestens 15. Oktober des laufenden Jahres für das Folgejahr bei der Bewilligungsbehörde einzureichen. Für das Jahr des Inkrafttretens dieser Richtlinie ist der Antrag spätestens einen Monat nach Veröffentlichung der Richtlinie einzureichen.
- 3. Dem Antrag sind
 - a) eine ausführliche Projektbeschreibung,
 - b) der Kosten- und Finanzierungsplan,
 - c) die gültige Satzung des Projektträgers,
 - d) die Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe,
 - e) ein Konzept des internen Qualitätsmanagementsbeizufügen. Die Antragsbehörde ist berechtigt, weitere Unterlagen anzufordern.
- 4. Bewilligungsverfahren
 - a) Der Antrag wird zur fachlichen Prüfung der Geschäftsstelle des

Landespräventionsrates beim Staatsministerium des Innern vorgelegt. Diese prüft die Förderfähigkeit anhand der in der Richtlinie genannten Förderziele und der ergänzenden Projektkriterien.

- b) Nach formeller und fachlicher Vorprüfung erstellt die Geschäftsstelle des Landespräventionsrates für die vorliegenden Anträge eine mit einem Votum versehene Übersicht und legt diese einschließlich einer Darstellung der haushalterischen Situation zur fachlichen Beurteilung der Arbeitsgruppe „Stärkung demokratischer Grundwerte“ vor. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe beschließen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel ihre Förderempfehlung.
 - c) Die Verteilung der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel auf die vorgenannten Fördergegenstände wird nach fachlicher Beratung mit der Geschäftsstelle des Landespräventionsrates durch das Staatsministerium des Innern bewilligt.
5. Zuwendungen werden durch schriftlichen Zuwendungsbescheid bewilligt. Darin wird Näheres über die Sicherung einer zweckentsprechenden Verwendung der Zuwendung, über die dem Zuwendungsempfänger obliegenden Mitteilungspflichten und über den Verwendungsnachweis geregelt sowie Hinweise zu den Voraussetzungen für Rücknahme oder Widerruf der Bewilligung und die Zurückforderung der Zuwendung erteilt.
 6. Die Auszahlung der bewilligten Mittel erfolgt auf Antrag. Die Auszahlung der Mittel erfolgt vierteljährlich, spätestens zum 15. Januar, 15. April, 15. Juli und 15. Oktober des Jahres.
 7. Der Nachweis der zweckgerechten Verwendung der bewilligten Mittel ist drei Monate nach Ablauf des Bewilligungszeitraumes gegenüber der Bewilligungsbehörde zu erbringen. Für die Zuwendungen ist bei gleichzeitiger Übersendung eines ausführlichen Sachstandsberichtes (Evaluation) der einfache Verwendungsnachweis zugelassen. Die Bewilligungsbehörde ist berechtigt, von den Antragstellern weitere Unterlagen anzufordern.
 8. Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die gegebenenfalls erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gilt die **VwV-SäHO**, soweit nicht in dieser Richtlinie Abweichungen zugelassen werden.

VII. Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Dresden, den 6. Oktober 2009

Der Staatsminister des Innern
Markus Ulbig

Enthalten in

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die geltenden Verwaltungsvorschriften des Staatsministeriums des Innern vom 7. Dezember 2009 (SächsABl.SDr. S. S 2400)